Erledigt

hat sich der hinter dem 33 Jahre alten Handelsmann Carl Wilhelm Höhnel, zuletzt in Volkmarsdorf wohnhaft, unterm 21. Juli 1887 erlassene Steckbrief.

Zwickau, am 5. August 1887. Königl. Amtsgericht.
Dr. Schwarze. A. R.

Nichtamtlicher Theil.

Das Parteiwesen, eine Krankheit der Deutschen.

IV.

* Wir wollen und erstreben eine Verminderung der Zahl unserer Parteien, weil wir deren Vielzahl für ein Unglück halten, ihre Verminderung für einen Segen. Der verstorbene preußische Minister Graf Roon sagte einmal, die Regierung wolle sich nur auf eine Partei stützen: auf die „Partei der ehrlichen Leute". Es ist das ein bedeutsames Wort, welches wir in gewissem Sinne gern acceptiren. Unsere Regierung ist eine monarchische und, Gott lob, keine parlamentarische, unsere Regierung steht fest im Kampfe der Parteien, sie ist keine Parteiregierung und wird immer über den Parteien stehen. Es kann niemals dahin kommen im deutschen Reiche, daß, wenn wir eine Mehrheit Richter, Windthorst, Grillenberger im Reichstag haben, auch der Kaiser gezwungen wäre, aus diesem nur in der Opposition und Negation einigen Corps sich einen Kanzler zu wählen. Solchen Zufälligkeiten darf ein Reich nicht ausgesetzt sein, und wir sind sicher, daß derartige Zustände in Deutschland immer zu den Unmöglichkeiten gehören werden. Aber zweifellos zieht jede Regierung eine bedeutende Summe von Kraft aus der Unterstützung des Parlaments, und die Mehrheit für eine gute Regierung, welche mit ihr und nicht gegen sie arbeitet, welche, frei von selbstsüchtigen Parteizwecken, lediglich das Wohl des Vaterlandes im Auge hat, „die Partei der ehrlichen Leute", sie muß vorhanden sein, sie muß geschaffen werden, wenn sie noch nicht da ist.

Einen bedeutenden Anlauf zum Besseren hat das deutsche Volk bei den letzten Wahlen genommen. Es vergaß für kurze Zeit die Bezeichnungen der Parteischablone, wo die höchsten Güter des Vaterlandes in Frage waren, und einfach „für oder gegen das Septennat" war das Programm, auf welches die Candidaten verpflichtet wurden. Dieses „Cartel", über welches unsere Gegner so viel, aber sehr zu ihrem Schaden, gespottet, es hat sich als sehr nützlich und praktisch erwiesen. Und diese Waffenbrüderschaft, dafür muß zunächst gesorgt werden, sie muß fortdauern die Session hindurch und weiter darüber hinaus. Aber damit ist nicht genug geschehen. Wir glauben vielmehr, daß die Annäherung der drei national gesinnten Parteien, welche sich gegen den Radicalismus der Fortschrittler und ihre Unzuverlässigkeit im militairischen Dingen so wohl bewährt hat, die Anregung geben muß zu einer vollständigen Umbildung des Parteiwesens, zu einer Reorganisation der Parteien überhaupt.

Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht und wir wiederholen, daß wir zunächst die Frage nur in Fluß bringen und zu weiterem Denken anregen wollen. Berufenere Politiker mögen die Sache sodann in ihren Einzelheiten erwägen und der praktischen Lösung näher führen. Jedenfalls scheint uns diese Aufgabe des Schweißes der Edlen werth. Also wir wollen eine Besserung der Parteiverhältnisse herbeiführen, und da dürfen wir nicht gleich dem Vogel Strauß die Augen fortwenden, müssen vielmehr dreist den Finger an die Wunde legen. Und so können wir nicht verschweigen, daß, so nahe uns Nationalliberale und Freiconservative verwandt scheinen, so daß ein Aufgehen beider Parteien in einander nur eine Frage der Zeit, und hoffentlich absehbar kurzer Zeit, zu sein scheint, doch zwischen dem Standpunct der gemäßigt Liberalen und den Hintermännern der „Kreuzzeitung" eine weite Kluft sich findet. Auch von dieser Seite ist das niemals verhehlt worden, und fast unmittelbar nach den Wahlen sind bis auf den heutigen Tag in dem extrem orthodoxen und reactionairen Blatte sowohl die Freiconservativen, wie die Nationalliberalen in der schärfsten, ja oft gehässigsten Weise angegriffen worden, und die gemäßigte und vorsichtige „Post" wie die nationalliberalen Blätter wurden mit den heftigsten Vorwürfen überschüttet.

Es versteht sich von selbst, daß wir für das Auftreten der „Kreuzzeitung" und des „Reichsboten" sämmtliche Mitglieder der parlamentarischen Partei der Conservativen verantwortlich zu machen, weit entfernt sind. Wir glauben vielmehr, daß auch in der conservativen Partei die Herren v. Hammerstein, v. Kleist-Retzow und Stöcker nur einen „äußersten Flügel" bilden. Aber immerhin liegt die Thatsache vor, daß, nachdem kurz vorher die drei Parteien Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind im Innern gekämpft, nachdem sich eben erst gezeigt hatte, welche Erfolge diese Einigkeit gezeitigt, die gewissermaßen officiellen Organe der Conservativen in der heftigsten Weise die nationalliberalen und freiconservativen Mitkämpfer befehdet haben. Freilich hat dieser Vorgang das Gute gehabt, daß diese beiden Parteien sich der Gemeinsamkeit ihrer Grundsätze noch mehr bewußt geworden sind und noch enger an einander angeschlossen haben.

Und damit kommen wir zum Schluß. Die Socialdemokraten, die Ultramontanen und alle undeutschen Anhängsel dieser beiden Fractionen sind bis zur völligen Vernichtung gemeinsam zu bekämpfen. Darüber darf es unter den übrigen Parteien keine Meinungsverschiedenheit geben. Was diese sodann anlangt, so haben wir die bestimmte Zuversicht, daß, sobald es sich je wieder um eine so tief die Existenz der deutschen Nation berührende Frage handeln könnte, wie vor den letzten Wahlen, daß alsdann die drei entschieden nationalen Parteien auch ebenso fest und erfolgreich zusammenstehen werden, wie im März dieses Jahres. Im Uebrigen aber sind wir der Meinung, daß das deutsche Reich niemals in die Lage kommen darf, daß die Extreme von rechts oder von links irgendwie den Ausschlag geben könnten. Zwischen beiden muß der für die Regierung stets feste, zuverlässige, starke und mächtige Kern des Parlaments eine große Mittelpartei sein und bleiben. Nicht die Ultramontanen sind das „Centrum", sondern die Nationalliberalen im Bunde mit der Reichspartei. Mögen diese beiden, der Kern der besitzenden und gebildeten Classen, sich aufraffen, mögen sie zusammengehen und die große Mittelpartei bilden. Diese Partei möge das „Centrum" sein und sich, wenn nöthig, auch so nennen, und im weiten deutschen Reich wird diese Partei sicher von Tag zu Tag mehr Anhang gewinnen. Wir glauben die sichere Hoffnung hegen zu sollen, daß einer solchen gemäßigten Partei auch gar viele von rechts und links zufallen würden, welche lediglich aus „taktischen" Gründen sich jenen Parteien angeschlossen haben, denen aber einerseits die demokratische, extrem liberale Richtung zuwider ist, als andererseits die extrem reactionaire. Die alten Parteiformen und Parteibezeichnungen haben sich überlebt, es gilt für die neue Zeit auch dem Wesen nach neue Parteiformen zu schaffen. Die Zukunft gehört einer starken, aus gemäßigt liberalen und gemäßigt Conservativen zusammengesetzten Mittelpartei. Dann mögen zur Rechten und zur Linken noch je eine Fraction ihre mehr oder minder berechtigten Forderungen an Regierung und Parlament stellen, dieses wird nicht mehr Gefahr laufen, in Fractionen und Fractiönchen zu zerfallen, es wird dem Lande das wünschenswertheste erziehliche Beispiel geben und der Regierung die nothwendige Stütze darbieten können zum Heile des Vaterlandes.

Leipzig, 7. August 1887.

* Die Dispositionen für die Manöverreisen des Kaisers sind nunmehr endgiltig getroffen. Die Abreise von Berlin erfolgt am 4. September und die Ankunft in Königsberg am 5. September früh. Die Abreise von Königsberg und die Ankunft in Danzig, wo Empfang und Mittagessen stattfindet, ist auf den 11. September festgesetzt, die Weiterreise nach Cöslin, wo der Kaiser das Frühstück einnimmt, und die Ankunft in Stettin erfolgt am 12. September und die Rückkehr nach Berlin am 17. Abends.

* Das Neue Palais bei Potsdam wird gegenwärtig vollständig in Stand gesetzt, da man dort das Eintreffen des Kronprinzen gegen den 10. d. M. erwartet. Davon, daß sich der Kronprinz demnächst zu einer Nachcur nach Bad Ems begeben werde, ist an in Berlin unterrichteten Stellen noch nichts bekannt.

* Dem Vernehmen nach war die jüngste Reise des preußischen Finanzministers nach Barzin vorzugsweise durch die Ausführungsbestimmungen veranlaßt, welche der Bundesrath nach seinem Wiederzusammentritt in Bezug auf das neue Branntweinsteuergesetz zu erlassen hat. Es ist möglich, daß bei dieser Gelegenheit auch einige wichtige Statsfragen zwischen dem leitenden Staatsmanne und dem preußischen Finanzminister zur Sprache gebracht worden sind.

* Ueber die Schließung der Fabrik Weisbach in Emberménil schreibt die „Straßburger Post" weiter:

Den Arbeitern der durch Erlaß des Präfecten Schwerd von Nancy plötzlich geschlossenen Fabrik der Gebrüder Weisbach in Emberménil ist jetzt durch die französische Localbehörde mitgetheilt worden, sie hätten die sofortige Ausweisung zu gewärtigen, falls sie nicht innerhalb dreier Tage den Nachweis zu liefern im Stande seien, daß sie anderweitige Beschäftigung gefunden. Das Letztere ist unmöglich; wo und wie sollten die rauher Hantierungen ungewohnten Leute in einer lediglich ackerbautreibenden Gegend Beschäftigung erhalten? Der Gewaltstreich wird also wohl zur Ausführung gelangen, wenn nicht schleunige Hilfe durch die deutsche Regierung eintritt. Unterdessen ist auch bekannt geworden, daß die französische Regierung sich zur Rechtfertigung der von ihr angeordneten Schließung der Fabrik auf ein Gesetz aus dem Jahre 1791 stützt. Hiernach hätten die Gebrüder Weisbach bei Gründung der Fabrik unterlassen, eine Anzeige an die Zollverwaltung zu machen. Es verdient hierauf bemerkt zu werden, daß der Maire des Ortes selbst die vor Eröffnung der Fabrik nothwendigen Formalitäten besorgt und den Fabrikbesitzern gesagt hat, es sei Alles in Ordnung. Es verdient ferner hervorgehoben zu werden, daß die französische Regierung ausdrücklich die Erlaubniß zur Eröffnung der Fabrik gegeben und die letztere sechs Jahre ungehindert hat bestehen lassen. Es verdient schließlich hervorgehoben zu werden, daß französische Fabrik-Inspectoren den Betrieb revidirt und in Ordnung befunden haben. Unter diesen Umständen erscheint die Maßregel der französischen Regierung geradezu barbarisch. Wenn die französische Regierung vor sechs Jahren unter Hinweis auf die nicht erfüllte Bestimmung des Gesetzes von 1791 die Erlaubniß zur Oeffnung der Fabrik verweigert hätte, so hätte ihr das kein Mensch übel nehmen können. Wenn sie aber jetzt, nachdem sie von ihr selbst concessionirte Fabrik sechs Jahre betrieb, den Geschäftsinhaber und seine Arbeiter durch Schließung der Fabrik ruinirt, so ist das nichts Anderes als ein Act der Barbarei.

* * *

* Der „Pester Lloyd" meldet aus Belgrad, daß Ristics sich verpflichtet habe, die Scheidung des Königspaares herbeizuführen. Die Königin reist in diesem Monat noch nach einem österreichischen Bade.

* Zur Luxemburger Erbfolgefrage wird der „Frankfurter Zeitung" von informirter Seite Folgendes mitgetheilt: „Die Diplomatie hat sich bereits mit der Eventualität des Todes des Königs der Niederlande beschäftigt und einen Gedankenaustausch zwischen den europäischen Mächten mit Bezug auf die Luxemburger Thronfolge herbeigeführt. Es besteht nunmehr ein vollständiges Einverständniß zwischen den Mächten, daß der Herzog Adolf von Nassau sofort nach dem Tode des Königs Wilhelm III. zum Großherzog von Luxemburg proclamirt werde und den Luxemburgischen Thron besteige. Das Erbfolgerecht des Herzogs von Nassau gilt als unanfechtbar. Da mit König Wilhelm die Ottonische Linie des Hauses Nassau in einem Mannesstamme erlischt und in Luxemburg die weibliche Erbfolge ausgeschlossen ist, so succedirt die Walramische Linie Nassau. Die Selbstständigkeit des Großherzogthums wird dessen Neutralisirung zur Folge haben. Die meisten europäischen Mächte geben sich der Erwartung hin, daß die Frage ihre naturgemäße Lösung in aller Ruhe finden werde; sollten sich jedoch wider Erwarten irgendwelche äußere Einflüsse geltend machen, würde der Herzog von Nassau auf die Unterstützung der Centralmächte mit Sicherheit rechnen können."

* Die Vorgänge am Sunde verdienen mit Aufmerksamkeit verfolgt zu werden. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die dänischen Machthaber die Stunde der Entscheidung für nahe halten. Die Zurüstung auf diese Stunde wird mit einer Offenheit betrieben, die beweist, daß die alte Verblendung des Eiderdanismus noch immer nicht überwunden ist. Die Befestigung von Kopenhagen wird mit fieberhaftem Eifer betrieben. Alle gegentheiligen Nachrichten werden lediglich zur Irreleitung der öffentlichen Meinung in Deutschland verbreitet. Man hofft, die Vertheidigung Kopenhagens von der Landseite durch ein System großartiger Inundationen bewirken zu können; die erhöhten Puncte werden durch starke Sperrforts gesichert. Wie eine Seemacht dazu kommen sollte, die dänische Hauptstadt von der Landseite anzugreifen, bleibt ein Räthsel. Daß die Dänen die Herrschaft auf der See verloren haben, geben sie selber zu. Wie sollten sie also die deutsche Flotte verhindern können, vor Kopenhagen zu erscheinen und, wenn es sein müßte, der ganzen dänischen Herrlichkeit ein Ende zu machen. Diese Nothwendigkeit wird in der Stunde der Entscheidung vorliegen, wenn Deutschland begründete Ursache hat, an der ehrlichen Freundschaft Dänemarks zu zweifeln. Leute wie der chauvinistische Kriegsminister Bahnson schaden ihrem Lande so sehr, weil sie es in den Schein wüthender Deutschfeindlichkeit bringen. Und doch ist dieser Schein ein falscher, wenn es sich um die Gesinnung der Mehrheit des dänischen Volkes handelt, die den Frieden mit Deutschland als die sicherste Grundlage der dänischen Unabhängigkeit und Freiheit betrachtet. Auf der großen Linkenversammlung, die am Sonntag in Ostseeland bei Kjöge stattfand und an der gegen 25,000 Männer theilnahmen, ist diese Gesinnung wieder zum Ausdruck gekommen. Graf Holstein-Ledreborg protestirte nicht nur gegen die Kopenhagener Landbefestigung, die Dänemark ins Unglück zu ziehen droht, sondern der Abg. Lauritzen legte Namens der dänischen Demokratie einen formellen Protest gegen die „Militair-Allianz mit Rußland" (!) und gegen jede feindliche Haltung gegen Deutschland ein. Damit ist auf die herausfordernden Reden des Kriegsministers Bahnson allerdings eine klare Antwort gegeben, aber in Dänemark geschieht gerade unter dem Beifall der internationalen Reaction Das nicht, was die ungeheure Mehrheit des Volkes und der Volksvertretung will. Wenn es sich nur um das heiße Blut des Herrn Bahnson handelte, so wäre die ganze Kleinboulangeristerei ohne jede Bedeutung, aber die Sache liegt in Dänemark so, daß Herr Bahnson der wirkliche Vertreter der Gesinnungen und Wünsche der herrschenden Kaste ist. Und wenn die Revanchegelüste jetzt mit so rücksichtsloser Offenheit officiell enthüllt werden, so muß man sich doch fragen, woher dieser Zug von Uebermuth kommt. Ist die dänisch-russische Allianz wirklich schon unter Brief und Siegel geschlossen oder hält man es in Kopenhagen für nöthig, uns sehr deutlich zu Gemüthe zu führen, daß der Nord-Ostseecanal erst in 10 oder 12 Jahren fertig ist und daß es bis dahin für Deutschland eine Frage ersten Ranges ist, die freie Passage in den Belten und im Sunde zu haben? Der dänische Chauvinismus sollte doch bedenken, daß er allein die Verantwortung trägt, wenn die deutsche Nation sich in dem Rufe eint: „Weg da von unseren Thüren."

* Jules Ferry hat folgendes Schreiben an seine Zeugen gerichtet: „Saint Dié, 3. August. Von Anfang an hatte ich Ihnen Vollmacht gegeben, im Verein mit den Zeugen des General Boulanger die Kampfesbedingungen zu regeln. Den Vorschlägen, welche Sie für unannehmbar erklärten, haben Sie Bedingungen entgegengesetzt, unter denen ich stets bereit sein werde, der Ehre genug zu thun, ebenso wie ich bereit bin, ein Schiedsgericht anzunehmen."

* Dieselben Pariser Blätter, welche die ebenso abgeschmackte wie freche Lüge in die Welt setzten, daß Katkow von den Deutschen vergiftet worden wäre, müssen jetzt nach der Obduction, an welcher auch der französische Arzt Potain theilnahm, zugestehen, daß der panslawistische Publicist an Magenkrebs gestorben ist. Man würde jedoch bei der Annahme fehlgehen, daß dieselben Organe loyal genug wären anzuerkennen, die erste Version habe sich als falsch erwiesen. Andererseits vollzieht sich jenseits der Vogesen bereits ein Umschwung in der Beurtheilung Katkow's, der „die französische Cultur verachtete und verabscheute", sowie den „verabscheuungswerthen Einfluß" geißelte, welchen die französische leichte Literatur und Komödie auf den russischen Geist ausgeübt habe. In der Versammlung der Mitglieder der Pariser Presse ist dann eine gewisse Aufklärung erfolgt, als es sich um die Art der Ovation handelte, welche beim Leichenbegängnisse von französischer Seite bereitet werden sollte. Die Pariser Journalisten nahmen denn auch davon Abstand, eine Deputation zu entsenden, vielmehr wurde nur ein Kranz nebst Beileidstelegramm abgeschickt, so daß Paul Deroulede allein die französische Hauptstadt vertreten wird. Die radicalen französischen Blätter sind auch allmälig zu der Erkenntniß gelangt, daß Katkow ein Exzentricnairr war. Der „Intransigeant" spottet deshalb: „Wer wird uns von der ungerechtfertigten Vorliebe heilen? Jetzt will man uns veranlassen, Katkow als einen Freund der französischen Demokratie, sowie als das Muster der Journalisten zu ehren." Der scharfe Artikel schließt: „Katkow war ein überzeugter Reactionair; er war keiner der Unserigen. Lassen wir die Todten ihre Todten begraben." So wird schließlich allem Anscheine nach nur die Patriotenliga dem panslawistischen Publicisten ein treues Andenken bewahren.

* Das Repräsentantenhaus des Staates Georgia hat eine Bill genehmigt, wonach es ein strafbares Vergehen sein soll, weiße und farbige Kinder zusammen zu unterrichten. Für die Vorlage stimmten 122 Abgeordnete und nur 2, welche Farbige waren, dagegen.

Die Lage in Bulgarien.

* Die Candidatur Koburg ist am Stadium der Versumpfung angelangt. Nur darum, wenn Prinz Ferdinand, unbekümmert um den Willen der Mächte, nach Bulgarien zöge, würde es sich handeln, ob er die Fessel des Berliner Vertrages, die er ohne Noth sich selbst anlegte, zu sprengen die Kühnheit hätte. Er scheint diese Kühnheit nicht zu besitzen, und er hat schon jetzt, nachdem er dies manifestirte, seiner Popularität bei den Bulgaren einen empfindlichen Eintrag gethan; schon jetzt ist in Bulgarien ein merkliches Mißtrauen gegen ihn wach, weil man fürchtet, daß er als Fürst den Russen zu große Nachgiebigkeit beweisen würde. Ueberdies aber ist sein Zaudern und Diplomatisiren nicht geeignet, in Bulgarien das Andenken an den Helden von Slivnica zurückzudrängen. Die Bulgaren haben zu besonderer Pietät für den Berliner Vertrag keinen Anlaß, denn es ist ihnen sehr fühlbar zur Erkenntniß gebracht worden, daß dieser Vertrag ihre Entwickelung zur Selbstständigkeit hemmt, ihr Schicksal von dem Willen Rußlands abhängig macht. In die unabwendbaren Thatsachen haben sich auch die glühendsten Anhänger des Fürsten Alexander ergeben, unter ihnen sogar Zachariaß Stojanow, der leidenschaftlichste Feind Rußlands, den man in Petersburg zu des Battenbergers Zeiten den „Nihilisten Seiner Königlichen Hoheit" nannte. Prinz Ferdinand hätte, wenn er rechtzeitig zu einem kühnen Entschlusse gelangt wäre, darauf zählen können, daß die Anhänger des Fürsten Alexander sich um ihn geschaart hätten. Kann er dies noch jetzt? Und wird es nicht mit jedem Tage der Zögerung fraglicher, ob er es jemals noch können wird? Auf diplomatischem Wege ist ein Erfolg für den Prinzen ausgeschlossen; Rußland hat diesen Weg versperrt, und keine der übrigen Mächte wird geneigt sein, das Hinderniß auf eigene Gefahr hinwegzuräumen. Den Weg der entschlossenen That aber zaudert Prinz Ferdinand zu beschreiten; er will der europäischen Krücke sich nicht begeben. In diesem Dilemma steckt die Frage der bulgarischen Fürstenwahl. Der Koburgische Prinz hat eine Krone, und er hat sie nicht; das bulgarische Volk hat einen Fürsten, und es hat ihn nicht. Lange kann ein so unnatürlicher Zustand nicht währen; aber wenn es im Interesse der Bulgaren liegt, daß er baldigst ende, so sollte man meinen, daß auch Prinz Ferdinand ihn nachgerade unerträglich finden und darauf bedacht sein müßte, ihn so oder so, durch eine That oder durch einen Verzicht, zu beseitigen. Die Männer, denen das Geschick eines Volkes auf die Schultern gelegt war, haben allezeit durch Entschlossenheit und Willenskraft ihren historischen Beruf bezeugt. Die Geschichte wartet nicht, sie geht ihren Gang, und wenn der Schloßherr von Ebenthal nicht bei Seite geschoben werden will, so muß er sich entscheiden; in seiner Lage taugt ihm Monsieur Pas-à-pas zum Vorbilde nicht.

Was nun die Stimmung in „seinem Lande" und den Stand der Ministerfrage anbetrifft, so wird der „Politischen Correspondenz" in einem aus guter Quelle geflossenen Berichte aus Sofia, 1. August, Folgendes gemeldet:

Im Auslande scheinen anhaltend über die Ursachen des letzten Cabinetswechsels in Bulgarien irrige Anschauungen verbreitet zu sein, so daß eine klare Darstellung des Sachverhaltes selbst jetzt noch am Platze ist, um nicht eine Verwirrung der öffentlichen Meinung in Europa in der Beurtheilung der bulgarischen Parteiverhältnisse einreißen zu lassen. Vor Allem muß der Anschein entschieden entgegengetreten werden, als ob der Rücktritt des Cabinets Radoslawow durch politische Motive herbeigeführt worden wäre. Wenn man in dem kurzen Zweikampf, der sich zwischen den Regenten einerseits und den Ministern Radoslawow und Nikolajew andererseits abspielte, eine Kraftmessung zwischen den Führern von zwei politischen Heerlagern erblickte, so legte man damit diesem Ereignisse eine Bedeutung bei, welche ihm durchaus nicht zukommt. Der Conflict zwischen den Regenten und den genannten Ministern war ganz persönlicher Natur und bildete in keiner Weise den Ausdruck von Meinungsverschiedenheiten, die im bulgarischen Volke selbst oder auch nur in den politischen Kreisen bestehen.

Der gewesene Kriegsminister, Oberst Nikolajew, hat dem Lande große, von aller Welt anerkannte Dienste geleistet, aber sein ehrlicher Soldaten-Charakter, dem alle Kniffe und Ränke fern liegen, seine Unkenntniß des Wesens politischer Intriguen machten ihn den Einflüssen und Einflüsterungen anderer, mit dem politischen Getriebe vertrauter Persönlichkeiten leicht zugänglich. Die Verhältnisse fügten es nun, daß Oberst Nikolajew sich an Herrn Radoslawow anlehnte. Dieser aber ist, so wenig seine Begabung bestritten werden soll, eine etwas unruhige Natur, welche den Impulsen des Ehrgeizes allzu leicht nachgiebt. Stand Oberst Nikolajew vor Uebernahme des Kriegsportefeuilles dem politischen Leben überhaupt fern, so befindet sich Herr Radoslawow seit drei Jahren gewissermaßen fortwährend mitten im politischen Getriebe. Durch die Verhältnisse wurde er rasch in den Vordergrund gerückt, ohne sich aber jenes Maß von Erfahrung erworben zu haben, welches für eine leitende Stelle unerläßlich ist. Man kann Herrn Radoslawow in Anbetracht seines sehr jugendlichen Alters hieraus nicht einmal einen Vorwurf machen. Durch seine bisherigen Erfolge ermuthigt, scheint er sich offenbar in dem Traume gewiegt zu haben, daß es ihm gelingen werde, den Sturz der Regenten herbeizuführen und sich selbst zur obersten Machtstellung im gegenwärtigen Bulgarien emporzuschwingen. Herr Radoslawow ließ sich bedauerlicherweise in seiner politischen Thätigkeit immer allzusehr von seinem rastlosen Ehrgeiz beeinflussen und hat es bisher noch nicht gelernt, sein Talent in erster Linie in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, wobei ja seine persönlichen Ambitionen noch immer ihre volle Rechnung finden. Einen sprechenden Beweis dafür, daß Herr Radoslawow mitunter auch nicht ansteht, selbst seine politischen Gesinnungen seinen ehrgeizigen Wünschen unterzuordnen, bilden die Wandlungen, welche derselbe anläßlich der durch die Entthronung des Fürsten Alexander hervorgerufenen Krise innerhalb eines kurzen Zeitraumes durchgemacht hat. Als nach der gewaltsamen Entführung des Fürsten Alexander Metropolit Clement die oberste Regierungsgewalt in die Hände nahm, bot er dem damals in Varna befindlichen Herrn Radoslawow das Justizportefeuille in der provisorischen Regierung vom 21. August v. J. an. Herr Radoslawow antwortete sofort zustimmend. Als 48 Stunden später die Regierung Clement's durch eine neue mit Karawelow an der Spitze verdrängt wurde, übernahm Herr Radoslawow auch in dem neuen Cabinet das Justizressort. Drei Tage später trat er wieder in das Cabinet ein, welches Herr Stambulow berief, als er im Namen des Fürsten Alexander die Verwaltung des Landes übernahm.

Als Herr Radoslawow in die Regierung berufen wurde, welche die Schicksale des Landes während der fürstenlosen Zeit leiten sollte, hatte man sich der Hoffnung hingegeben, daß er angesichts der schweren Krise Bulgariens etwaige Wünsche persönlichen Ehrgeizes zum Stillschweigen bringen und sich hingebungsvoll mit der Regentschaft und dem ganzen Cabinet vereinigen werde, um die Unabhängigkeit Bulgariens gegen alle äußeren Anstürme zu schützen. Diese Erwartung hatte sich denn auch in der ersten Zeit erfüllt; es dauerte aber nicht allzulange, als der Dämon Ehrgeiz sich wieder in Herrn Radoslawow zu regen begann und ihn über Mittel sinnen ließ, welche ihn zum obersten Leiter Bulgariens zu machen vermöchten. Es ist eine Thatsache, daß der gewesene Minister seit Monaten die Stellung der Regenten zu unterwühlen suchte. Die Regenten waren ihrerseits bemüht, den Ausbruch eines offenen Conflictes zwischen der Regentschaft und dem Cabinet bis zum Zusammentritte der großen Sobranje hintanzuhalten. Die Regentschaft wollte die Volksvertretung selbst zum Schiedsrichter anrufen, und in einer geheimen Sitzung der Nationalversammlung ergriff Herr Stambulow das Wort, um die Haltung Radoslawow's zu charakterisiren und seine Umtriebe bloßzulegen. Radoslawow, der in dieser Sitzung anwesend war, scheint erwartet zu haben, daß die Mehrheit der Sobranje für ihn Partei ergreifen werde; allein das Gegentheil trat ein, die überwiegende Mehrheit verurtheilte das Gebahren des Ministers auf das Entschiedenste. Diese Wendung machte auf Herrn Radoslawow einen geradezu niederschmetternden Eindruck, so daß er, ohne auch nur ein Wort zu seiner Vertheidigung zu sagen, in Begleitung seines Genossen, des Kriegsministers Nikolajew, den Sitzungssaal verließ. Eine Stunde später, mitten in der Nacht, reiste er von Tirnowa ab, um sich nach Rustschuk zu begeben.

Nach den Enthüllungen Stambulow's war das Schicksal des Cabinets Radoslawow besiegelt. So lebhaft auch die gesammte Volksvertretung gewünscht hätte, einen Cabinetswechsel bis zur glücklichen Beilegung der bulgarischen Krise vermieden zu sehen, sonderte sie doch, als sie vor der Alternative: Erhaltung der Regentschaft oder des Cabinets stand, keinen Augenblick lang, sich für die Regentschaft zu entscheiden und das Cabinet, richtiger die Minister Radoslawow und Nikolajew, fallen zu lassen. Die Regentschaft ist somit vollständige Herrin der Situation, und die Zusammensetzung des gegenwärtigen Cabinets erscheint als eine Bürgschaft dauernden Einvernehmens zwischen demselben und dem Triumvirat an der Spitze Bulgariens.

Zum Schlusse sei auf ein inspirirtes Communiqué der „Nezawisima Bulgaria" vom 26. Juni hingewiesen, in welchem die Ursachen des Rücktrittes des Cabinets Radoslawow auseinandergesetzt werden. Die Ausführungen der „Nezawisima Bulgaria", welche das Organ der Regentschaft ist, lassen sich kurz in Folgendes zusammenfassen: Herr Radoslawow habe als Cabinetspräsident das genannte Organ in der Vertretung der Interessen der Regentschaft immer behindert. Er habe nur bei solchen Telegrammen von Correspondenten auswärtiger Blätter die Beförderung gestattet, deren Spitze gegen die Regentschaft gekehrt war. Herr Radoslawow und der gewesene Kriegsminister, Oberst Nikolajew, welche bei den Regenten anläßlich ihrer Rundreise im Lande allenthalben bereiteten schönen Empfang mit scheelen Augen gesehen hätten, seien bemüht gewesen, die Stellung der Regenten in den Augen der Bevölkerung zu untergraben. Oberst Nikolajew soll öffentlich geäußert haben, daß die Regentschaft die allgemein vom Volke und der Armee gewünschte Rückkehr des Prinzen Alexander von Battenberg bekämpfe, und habe gleichzeitig für die Einsetzung einer militairischen Dictatur Propaganda gemacht. Herr Radoslawow und Oberst Nikolajew hätten die Aufstellung einer Ehrencompagnie auf dem Sofioter Bahnhofe anläßlich der Rückkehr der Regenten untersagt, und dem Bürgermeister von Sofia sei verboten worden, die Regenten zu begrüßen. Angesichts dieser und ähnlicher „Intriguen", führt die „Nezawisima Bulgaria" aus, hätten sich zwei der Regenten nach Philippopel begeben, um auf die höheren Armeekreise einzuwirken, daß dieselben den Einflüsterungen Nikolajew's kein Gehör schenken.

Vermischtes.

— Weimar, 4. August. Die Auszeichnung der Schafe einer Heerde mit Buchstaben oder sonstigen Zeichen gilt nach einem gestern gefällten Entscheid der hiesigen Strafkammer als eine Privat-Urkunde. Der Schäfer Gerhard in Tremlitz hütete neben den dem Gutsbesitzer Gerber gehörigen auch eine bestimmte Anzahl eigener Schafe. Die Zahl der letzteren vermehrte er dadurch, daß er bei mehreren von den Gerber'schen Schafen das Signum „G" entfernte und dafür sein eigenes anbrachte. Der Gerichtshof erkannte nach Verhandlung der des deshalb erhobenen Anklage, daß Gerhardt wegen Fälschung einer Privat-Urkunde, begangen in gewinnsüchtiger Absicht, nach §. 268 R.-Str.-B. bestraft werden müsse.

— In Peine (Hannover) ist vor einigen Tagen am Geburtshause Friedrich von Bodenstedt's eine Gedenktafel angebracht worden. Dieselbe trägt die einfachen Worte: „Hier wurde Friedrich von Bodenstedt am 22. April 1819 geboren."

— Paderborn, 4. August. Schweres Unglück traf die Familie des Gutsbesitzers Müd zu Berge bei Anröchte. Am Dienstag Nachmittag, als die erwachsenen Hausgenossen sämmtlich draußen bei der Ernte waren, spielten das dreijährige Söhnchen des Eigenthümers und das gleichaltrige Kind des Nachbars auf der Futterkammer mit Streichhölzern. Erst als die Flammen lichterloh aus dem Gebälk emporschlugen, kam schreckensbleich die Hausfrau herbei, stürzte in das brennende Haus und trug in edler Selbstverleugnung das bereits schwer verletzte Nachbarskind ins Freie; bevor sie den gefährlichen Gang nochmals antreten konnte, sank die wackere Frau infolge der schweren Brandwunden, die sie erlitten, besinnungslos zu Boden; sie wird kaum mit dem Leben davon kommen. Das zurückgebliebene Kind wurde zwar später noch aus dem Feuer geholt, starb aber an seinen furchtbaren Verletzungen schon nach einigen Stunden. Das Gebäude selbst ist mit dem Hausrath und zehn Fuder Korn, sowie einem Theile der angrenzenden Scheunen und Stallungen ein Raub der Flammen geworden.

— Essen, 4. August. Ein hiesiges Dienstmädchen hat sich in ihrem Zimmer erhängt, weil es wegen Entwendung eines Betrags von 40 ℳ polizeilich belangt werden sollte.

— Landeshut, 4. August. In Wüsterörbersdorf ist ein Knabe von einer Kreuzotter gebissen worden. Das Befinden des Kindes ist bedenklich.

— Dorsten, 4. August. Ein Landmann, der auf dem hiesigen Viehmarkt seine Kuh verkauft hatte, wurde im Wirthshause von Handelsleuten zum Kümmelblättchenspiel beredet. Er verlor den ganzen Erlös, 180 ℳ

— München, 5. August. Das lebensgroße Portrait (Kniestück) des Prinz-Regenten, welches von Professor August Holmberg gemalt wurde, wird, wie nunmehr bestimmt, seinerzeit im Sitzungssaale des Magistrats im Rathhause seinen Platz erhalten. Ursprünglich sollte das Bildniß den Prinz-Regenten im St. Hubertusordenscostüm darstellen, neueren Intentionen des Meisters zufolge aber ist es in altspanischer Tracht mit der Kette des St. Hubertusordens ausgeführt worden. Im Hintergrunde erblickt man das an einem Baumstamme befestigte bayerische Wappen.

— Aus Regensburg, 3. August, meldet die „Correspondenz Hoffmann": Der neue Bahnhof in Regensburg kann nunmehr in der geplanten großartigen Weise zur Durchführung kommen. Bisher war dem Project ein Theil des katholischen Friedhofes im Wege gestanden, den die Generaldirection der Bayerischen Staatseisenbahnen nicht kaufen, die dortige Stadtgemeinde nicht abgetreten erhalten konnte. Nun hat sich die Kirchenverwaltung gegen ein Entgelt entschlossen, das nothwendige Stück des Friedhofes an die Stadtgemeinde Regensburg abzutreten, die ihrerseits das Areal der Neuanlage des erweiterten Bahnhofes zur Verfügung stellt. Das die Angelegenheit betreffende Actenstück ist bei der Generaldirection eingelaufen, welche alsbald Veranlassung nehmen wird, die Frage des Angriffs des Umbaues zu beantworten.

SLUB
Wir führen Wissen.